

## Sitzungsprotokolle öffentliche Sitzung vom 27.04.2010

1010401	Jugendfragestunde	10037
1010402	Erlass der Haushaltssatzung 2010	10035
1010403	Anpassung und Fortführung des Investitionsprogramms sowie der fünfjährigen Finanzplanung	10036
1010404	Sonstiges 1. Skatereinrichtungen am Sportplatz 2. Benutzung des Parkplatzes im Bereich des Rathauses durch Bedienstete der Gemeinde 3. Glascontainer an der Wimbachbrücke 4. Gründung Schulverbund Berchtesgaden – Bischofswiesen	10038

**Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden**  
**Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau**  
**am 27.04.2010 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus**  
**TOP 1010401**

Bezugs-Nr.: TOP  
Az.:  
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer: Martin Willeitner  
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend: 13 / 12  
Dokument: h/0/SV10037

### Jugendfragestunde

Da in dem Tagungsraum keine Jugendlichen anwesend waren, wurde dieser Tagesordnungspunkt ohne Beiträge oder Aussprache abgeschlossen.

**Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden**  
**Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau**  
**am 27.04.2010 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus**  
**TOP 1010402**

Bezugs-Nr.: TOP  
Az.:  
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer: Alois Resch  
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend: 13 / 12  
Dokument: h/0/SV10035

### Erlass der Haushaltssatzung 2010

#### Sachverhalt

Der Haushaltsplanentwurf wurde bereits in den Sitzungen vom 2. März und 6. April 2010 eingehend vorberaten. Die dort beschlossenen Änderungen wurden in den aktuellen Entwurf eingearbeitet. Eine Vorabstimmung bezüglich der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde fand bereits am 5. April statt.

### **Aussprache:**

*GM Grill* bedauerte die äußerst schlechte Haushaltslage, die in erster Linie auf die Vorgaben der höheren Politik (Bund und Land) zurückzuführen sei. Die Abhängigkeit von übergeordneten staatlichen Behörden werde immer größer. In Anbetracht all dieser Umstände sollten freiwillige Leistungen, insbesondere die Förderung der Kulturlandschaft, nicht aufgegeben werden.

*GM Wurm* äußerte Bedenken gegen den Beschluss, die gemeindliche Kulturlandschaftsförderung für dieses Jahr auszusetzen. Zumindest mit einer teilweisen Zahlung der bisherigen Fördersummen sollte ein Signal an die Landwirte gegeben werden.

*GM Birgit Gschoßmann* pflichtete dem bei und hob die Bedeutung einer gepflegten Kulturlandschaft für den Tourismus hervor.

*GM Monika Gschoßmann* bemerkte, dass bei der öffentlichen Informationsveranstaltung am 13. April im Oberwirt seitens der Bevölkerung keinerlei Wortmeldungen ergangen seien, in persönlichen Gesprächen aber Unverständnis über diese Entscheidung festzustellen sei. Es bestehe auch große Sorge, dass die Kulturlandschaftsförderung in Zukunft ganz entfallen könne.

*BM Gschoßmann* sprach sich dafür aus, an den getroffenen Vorentscheidungen zum Haushalt 2010 festzuhalten, zumal die Öffentlichkeit durch die besagte Informationsveranstaltung, wie auch über die örtliche Presse eingehend informiert wurde. Bezüglich der Kulturlandschaftsförderung vertrete er die Auffassung, dass die tatsächlich von den Landwirten erbrachten Leistungen zur Erhaltung der Kulturlandschaft um ein Vielfaches höher seien als die von der Gemeinde gewährten Förderungen. In diesem Zusammenhang sei auch herauszustellen, dass der Hebesatz für die Grundsteuer A bisher nicht geändert wurde.

*GM Richard Graßl* sprach sich dafür aus, am beschlossenen Sparpaket festzuhalten. Für die Zukunft müssten allerdings alle Kostenstellen einer noch genaueren Prüfung unterzogen werden.

2. *BM Maltan* bedankte sich bei seinen Gemeinderatskollegen für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltsplanes unter den schwierigen Bedingungen. Die Aussetzung der Kulturlandschaftsförderung betrachtete er im Nachhinein als eine schlechte Entscheidung, zumal seitens der Betroffenen wenig Verständnis dafür bestehe.

### **Kulturlandschaftsförderung**

2. *BM Maltan* stellte den Antrag, entgegen dem Beschluss vom 2. März in den Haushaltsplan 2010 die jährliche Kulturlandschaftsförderung zur Hälfte einzustellen.

### **Beschluss**

**Der Antrag wurde mit 6 : 6 Stimmen (Stimmengleichheit) abgelehnt.**

### **Beschluss**

Der vorliegende Haushaltsentwurf wird angenommen. Die anliegende Haushaltssatzung für das Jahr 2010 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis: 12 : 0**

**Haushaltssatzung  
der Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden  
Landkreis Berchtesgadener Land**

für das Haushaltsjahr 2010

Auf Grund der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden folgende Haushaltssatzung:

**§ 1**

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird hiermit festgesetzt; er schließt im

<b>Verwaltungshaushalt</b>	in den Einnahmen u. Ausgaben mit	<b>3.893.800 €</b>
und im		
<b>Vermögenshaushalt</b>	in den Einnahmen und Ausgaben mit	<b>1.321.100 €</b>
ab.		

**§ 2**

Der Gesamtbetrag für Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitions-Förderungsmassnahmen wird auf **1.030.700 €** festgesetzt.

**§ 3**

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

**§ 4**

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

<b>1. Grundsteuer</b>	a)	für die land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe <b>(A)</b>	<b>300 v.H.</b>
	b)	für die Grundstücke <b>(B)</b>	<b>370 v.H.</b>
<b>2. Gewerbesteuer</b>			<b>380 v.H.</b>

**§ 5**

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf **750.000 €** festgesetzt.

## § 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2010 in Kraft.

**Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden**  
**Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau**  
**am 27.04.2010 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus**  
**TOP 1010403**

Bezugs-Nr.:	TOP
Az.:	
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer:	Alois Resch
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend:	13 / 12
Dokument:	h/0/SV10036

### **Anpassung und Fortführung des Investitionsprogramms sowie der fünfjährigen Finanzplanung**

(Zusammenfassung der Tagesordnungspunkte 3 und 4)

#### **Sachverhalt**

Neben dem Haushaltsplan für das laufende Jahr hat die Gemeinde jährlich auch einen Finanzplan für die folgenden drei Jahre (2011 – 2013) aufzustellen. Die voraussichtlichen Einzelsummen sind nach Möglichkeit auf Grundlage vorhandener Fakten, Vereinbarungen, Bauvorhaben usw. sowie nach „Orientierungsdaten“ des Bay. Innenministeriums zu ermitteln.

Einige wenige Summen lassen sich relativ sicher ermitteln, die Mehrheit der Schätzungen basiert aber auf unzuverlässigen Grundlagen.

Wer hätte im Vorjahr gedacht, dass sich die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich so drastisch verschlechtern.

Nachstehend folgende Erläuterungen:

#### **Verwaltungshaushalt**

##### **Einnahmen**

###### **Grundsteuer**

Der erhöhte Hebesatz wurde auch für die Folgejahre berücksichtigt. Zudem wird eine laufende Steigerung auf Grundlage aktueller Anpassungen einbezogen.

###### **Gewerbsteuer**

Die Anhebung des Hebesatzes wirkt sich im laufenden Jahr nur auf die Vorauszahlungen aus. Die Abrechnungen für das Jahr 2010 erfolgen erst teilweise zum Ende 2011 und größtenteils erst im Jahre 2012.

Speziell für unsere Gemeinde ist eine Voraussage äußerst schwierig, da die Steuerentwicklung entgegen dem landesweiten Trend seit vielen Jahren sehr schwankt. Auch sind die Folgen der Wirtschaftskrise nur sehr schwer einschätzbar.

### Kommunaler Finanzausgleich

Die künftigen Summen für Einkommensteuerbeteiligung aus Schlüsselzuweisungen wurden auf Grundlage der „Orientierungsdaten“ ermittelt. !!!

### Gebühren Entgelte

Die laufenden Gebühren für Abwasser und Müllabfuhr sind ab 2010 anzupassen. Der große Unterschied der Jahressumme 2010 ergibt sich aus den erwarteten Einnahmen aus den Theatervorstellungen (rd. 40.000 €)

### **Ausgaben**

Personalkosten Der Personalkostenentwicklung wurde eine künftige jährliche Erhöhung von 1,5 % zugrunde gelegt. Der Voranschlag im Jahre 2009 war zu niedrig. Nicht eingeplante Ergebnisse von Tarifverhandlungen, Personalaufstockungen im sozialen Bereich sowie Nachzahlungen an Versorgungsverband führten zu einem höheren Ergebnis.

### Sächlicher Aufwand

Hier wird unter Berücksichtigung der im Jahre 2010 einmaligen Aufwendungen mit keinen grundlegenden Teuerungen gerechnet.

### Zuweisungen an Gemeinden und Zweckverbände

Hier schlägt insbesondere die Umlage an die TRBK zu Buche. Die satzungsmäßige Sonderregelung für die Jahre 2006 mit 2010 läuft aus. Auf Grundlage der bekannten Zahlen (prozentualer Anteil) wird sich die Umlage ab 2011 erhöhen.

### Zinsausgaben

Unter der Voraussetzung, dass keine massiven neuen Kreditaufnahmen erforderlich sind, entwickeln sich die Zinsen positiv zumal sich durch laufende Tilgung der Schuldenstand verringert, einige Kredite auslaufen und mehrere Kredite zu günstigen Konditionen umgeschuldet wurden.

### Kreisumlage

Unter der Voraussetzung, dass der Hebesatz unverändert bleibt, wird sich die Kreisumlage in 2011 auf Grundlage der Steuerkraft 2009 gegenüber dem laufenden Jahr vermindern. Für die Folgejahre 2012 und 2013 wurde die Prognose auf der „sicheren Seite“ angesetzt.

### Zuführung zum Vermögenshaushalt

Nach dem enormen Einbruch im laufenden Haushaltsjahr steigt unter der Voraussetzung, dass sich die Prognosen erfüllen, die Zuführung an den Vermögenshaushalt (ausgenommen 2011) zumindest wieder in eine Höhe, dass die laufenden Tilgungen finanziert werden können. Für Investitionen bleibt ohne weitere Neuverschuldung kein nennenswerter Spielraum.

### **Vermögenshaushalt**

Neben den jährlichen Zuführungen aus dem Verwaltungshaushalt halten sich die Einnahmen im Vermögenshaushalt in sehr engen Grenzen. Ein Einnahmeposten ist im Jahre 2011 die Erhebung von Ergänzungs/Verbesserungsbeiträgen für die Abwasserentsorgung im Bereich Hintersee.

Für den Fußwegbau am Hintersee ist eine staatliche Förderung von 54.000 € eingeplant

Für Umbau/Umrüstung der Kläranlage Berchtesgaden fallen auch in Finanzplanungszeitraum Zahlungen an.

### Baumaßnahmen

Hier sind die wichtigsten, auf die späteren Jahre verschobenen, Maßnahmen enthalten:

- Im Jahre 2011 Kanalbau u. Fußweg am Hintersee, Rückweg Toter Mann
- Im Jahre 2012 Sanierung Sportplatz
- Im Jahre 2013 Bauhof u. Straßen

Es wurde bewusst auf die Aufnahme weiterer Maßnahmen in die Planung verzichtet, zumal der Zeitraum und vor allem die Finanzierbarkeit noch offen ist.  
(z.B. Anteil Forstweg Brenten, Neubau Pfeiffenmacherbrücke, Wildbachmaßnahmen, Grunderwerb Bauhof, Generalinstandsetzung von Gemeindestraßen)

### **Beschluss**

Der Gemeinderat beschließt den gem. Art. 70 Abs. 4 GO vorgelegten Finanzplan für die Jahre 2009 mit 2013, sowie das als Grundlage für die Finanzplanung erstellte Investitionsprogramm.

**Abstimmungsergebnis: 12 : 0**

**Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden**  
**Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau**  
**am 27.04.2010 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus**  
**TOP 1010404**

Bezugs-Nr.:	TOP
Az.:	
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer:	Martin Willeitner
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend:	13 / 12
Dokument:	h/0/SV10038

### **Sonstiges**

#### **1. Skatereinrichtungen am Sportplatz**

*Gemeinderätin Monika Gschoßmann* erkundigte sich nach dem Verbleib der im Bereich des Sportplatzes aufgestellten Skatergeräte. 1. Bürgermeister Herbert Gschoßmann sicherte die Überprüfung des Sachverhaltes zu.

#### **2. Benutzung des Parkplatzes im Bereich des Rathauses durch Bedienstet der Gemeinde**

*Gemeinderat Wolfgang Bartels* stellte fest, dass sich aufgrund des Baus der Garage der Parkraum im Bereich des Rathauses reduziere. Er schlug daher vor, dass die Bediensteten des Rathauses den Parkplatz an der Hiasenbrücke benutzen sollten.

#### **3. Glascontainer an der Wimbachbrücke**

*Gemeinderat Georg Graßl* wies noch einmal darauf hin, dass im Bereich der Wimbachbrücke ein schallgedämmter Glascontainer aufgestellt werden sollte.

Kämmerer Alois Resch erklärte, dass hierzu bereits Verhandlungen mit der Entsorgungsfirma geführt werden.

#### **4. Gründung Schulverbund Berchtesgaden – Bischofswiesen**

Kämmerer Alois Resch informierte den Gemeinderat über die Gründung des Schulverbundes Berchtesgaden - Bischofswiesen. Nach den derzeitigen Prognosen entstehen dem Hauptschulverband hierdurch mit Ausnahme eventueller zusätzlicher Fahrtkosten für Schüler keine Mehrkosten.